

Rede von Jacques Delors vor dem Europäischen Parlament (17. Januar 1989)

Quelle: Bulletin der Europäischen Gemeinschaften. 1989, n° Sonderbeilage 6/1989. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.

Urheberrecht: (c) Europäische Union, 1995-2012

URL: http://www.cvce.eu/obj/rede_von_jacques_delors_vor_dem_europaischen_parlament_17_januar_1989-de-b9c06b95-db97-4774-a700-e8aea5172233.html

Publication date: 21/10/2012

Rede von Jacques Delors vor dem Europäischen Parlament (17. Januar 1989)

Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete!

Sie haben mit der Investiturabstimmung und der Vorstellung der neuen Kommission einen schönen Brauch eingeführt, den wir heute zum zweiten Mal übernehmen. Meine Rede wird etwas lang sein, aber vier Jahre sind nun einmal eine sehr lange Zeit, wie Sie zugeben werden. Zuvor möchte ich jedoch ebenfalls die israelische und die palästinensische Delegation begrüßen als ein Symbol, das uns mit Hoffnung erfüllt.

Vor vier Jahren habe ich ihnen die Orientierungen der neuen Kommission vorgestellt. Ich schloß meine Ausführungen damals mit dem Hinweis, daß Europa drei entscheidende Herausforderungen annehmen müsse. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

Erste Herausforderung: die Methode. Wir müssen unter Beweis stellen, so sagte ich ihnen, „daß man zu zwölf handeln kann, daß man mehr erreichen kann als nur auf der Stelle zu treten und von der Hand in den Mund zu leben“. Die Methode hat nach den drei Phasen der Neubelebung des europäischen Aufbauwerks ihre Früchte getragen, denn die Einigung über das Zeitziel 1992, die Einheitliche Akte bzw. die Verbesserung und Bereicherung des Vertrages von Rom und die Finanzreform erschließen der Gemeinschaftsaktion umfassendere Möglichkeiten. Diese Methode ist auch heute noch gültig. Nichts wird uns daher von unserer Obsession ablenken: Die Einheitliche Akte muß ein Erfolg werden.

Zweite Herausforderung: der Einfluß Europas. Auch dies bleibt unverzichtbar. Wir müssen beweisen, daß die Gemeinschaft mit einer Stimme spricht und zu den Akteuren der Zeitgeschichte gehört, daß sie mehr ist als ein Thema der Zeitgeschichte. Während unsere Gemeinschaft in zunehmendem Maße ernst genommen wird und — Zeichen der Zeit — von den einen beschuldigt wird, sie wolle sich abkapseln, und bei anderen, die sich ihr anschließen oder stärker mit ihr zusammenarbeiten möchten, begehrt ist, erlauben wir, welchen Weg es noch zurückzulegen gilt.

Europa als Partner, um den von der Kommission vorgeschlagenen Begriff aufzugreifen, erfordert mehr Zusammenhalt, mehr Verantwortungsgefühl, mehr Initiative. Die Geschichte klopft an unsere Tür. Werden wir uns taub stellen?

Schließlich die dritte Herausforderung: die Zivilisation. Ich forderte 1985, wir sollten uns wieder auf unsere Werte besinnen und die unerläßlichen Synthesen zwischen den Zwängen der im Entstehen befindlichen Welt und den häufig widersprüchlichen Anliegen der Menschen unserer Zeit zustande bringen. Diese Herausforderung besteht immer noch, denn so unabdingbar unser Erfolg auf wirtschaftlichem Gebiet auch sein mag, reicht er doch nicht aus, um einen großräumigen Markt ohne Binnengrenzen oder gar — was durch die Einheitliche Akte induziert wird — den gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialraum zu schaffen. Wir haben noch vor 1993 die Aufgabe, dieser Gemeinschaft mehr Gestalt zu verleihen und — warum nicht — sie mit mehr Seele zu erfüllen.

Sowohl vom Geist ihrer Aktion als auch von der anzuwendenden Methode und den unbedingt zu erreichenden Zielen her gesehen steht die neue Kommission somit ohne weiteres im Zeichen der Kontinuität. Wir dürfen uns nicht mit dem Mangel an außenwirtschaftlicher Dynamik der Gemeinschaft abfinden. Wir dürfen nicht angesichts der aufkommenden Unruhe oder Ungerechtigkeit in der Welt die Waffen strecken. Europa muß dem treu bleiben, was seine Konzeption vom Leben in der Gesellschaft, seine Achtung vor dem Individuum ausmacht. Die Gemeinschaft als solche muß zu ihrer Verantwortung stehen.

Gestatten Sie, daß wir uns zunächst den Entwicklungsprozessen nach der Einheitlichen Akte zuwenden. Wie sieht es nun heute aus? Europa ist in Bewegung, das Haus ist in Ordnung und die Wirtschaft der Gemeinschaft ist im Gleichlauf mit der Wirtschaft ihrer großen Handelspartner. Ich kann ohne falsche Bescheidenheit, aber auch ohne Prahlerei sagen: Wir sind dabei, die Ziele, die wir uns gesetzt hatten, uneingeschränkt zu verwirklichen. Wer sieht nicht, daß Europa de facto eine Phase intensiven Übergangs, des Wandels erlebt? Das Fehlen dramatischer Ereignisse darf nicht verschleiern, was unser Unterfangen an Revolutionärem hat. Nachdem wir unsere Schwäche vergessen haben, bringen wir nun ein anderes Europa

hervor, gehen wir festen Schritts der Europäischen Union, also — wie ich betonen möchte — dem Endziel der Einheitlichen Akte, entgegen.

Gemessen an dem magischen und mobilisierenden Zieldatum 1992 haben wir nun die halbe Wegstrecke zurückgelegt, und schon ist an allen Fronten Bewegung zu spüren, insbesondere dank, und nicht — wie manche meinten — trotz der Verstärkung durch Spanien und Portugal. Dank ihrer ausgezeichneten Vorbereitung auf den Beitritt zur Gemeinschaft konnten diese beiden Länder sogleich festen Fuß in unserer Gemeinschaft fassen. Und die zuletzt Hinzugekommenen haben — wie so oft — in unser Vorhaben Kraft, Enthusiasmus und Jugend eingebracht. Der spanische Vorsitz wird, dessen bin ich sicher, die Begründetheit und Gültigkeit dieser Übertragung frischen Blutes bestätigen.

Ich möchte Sie nicht mit einer erschöpfenden Bilanz der seit vier Jahren gemeinsam geleisteten Arbeit oder einem detaillierten Programm für das Jahr 1989 langweilen, da dies Gegenstand unserer nächsten Tagung sein wird. Gestatten Sie mir aber, darauf hinzuweisen, daß auf halber Strecke von den zur Verwirklichung eines großen Binnenmarktes erforderlichen Maßnahmen praktisch die Hälfte beschlossen worden und der Weg für die restliche Hälfte klar vorgezeichnet ist. Es wird keine Überraschungen mehr geben, die Wirtschaftsträger wissen dies, der Weg ist markiert. Dies ist zweifellos der Grund, weshalb sie unternehmungslustiger erscheinen als die Politiker. Es wird nie deutlich genug gesagt werden, welchen Trumpf der durch den Horizont 1992 abgesteckte Rahmen und das damit verbundene Programm in einer so unsicheren Welt wie der unseren allen unseren Entscheidungsträgern an die Hand geben, um die Ungewißheit zu verringern und ihre Strategien zu konsolidieren.

Wenden wir uns zunächst dem großräumigen Binnenmarkt ohne Grenzen zu: Über die reine Zahl der Beschlüsse hinaus ist die qualitative Entwicklung am markantesten. Die Harmonisierung der technischen Vorschriften und Normen, an deren Stelle mitunter lediglich die gegenseitige Anerkennung tritt, hat einen riesigen Sprung vorwärts getan, und auch in zahlreichen anderen Bereichen wurden bedeutende Fortschritte erzielt.

Das öffentliche Auftragswesen, das einen so großen Teil der Wirtschaftstätigkeit der Gemeinschaft ausmacht und allzu oft auf einzelstaatliche Bereiche begrenzt bleibt, wird durch unsere Richtlinien weiter geöffnet.

Wie Sie sehen, sind die Zeiten, da wir achtzehn Jahre für eine Richtlinie über die Architekten oder sechzehn Jahre für eine Richtlinie über die Apotheker brauchten, vorbei.

Außerdem wurden alle für die vollständige Liberalisierung des Kapitalverkehrs erforderlichen Maßnahmen getroffen. Damit haben wir die Garantie, daß in Europa ein wirklicher Markt für finanzielle Dienstleistungen geschaffen werden kann, dessen Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit und die Finanzierung unserer Volkswirtschaften ja hinlänglich bekannt ist. Und auf Grund eines Circulus vitiosus, über den wir nicht den Überblick verlieren dürfen, erfordert diese Perspektive eine Angleichung der Steuersysteme und eine Verstärkung der währungspolitischen Zusammenarbeit. Derartige Beschlüsse wurden zweimal — 1985 in Palermo, dann 1987 in Nyborg — zum allergrößten Vorteil eines europäischen Währungssystems gefaßt, das so seine doppelte Nützlichkeit unter Beweis stellen konnte: seine Nützlichkeit als mächtiger Anreiz zur Konvergenz der Volkswirtschaften und seine Nützlichkeit als Insel relativer Stabilität in einem noch von Mangel an Transparenz und schwer kontrollierbaren Schwankungen beherrschten Währungsraum.

Neben dem Waren- und Dienstleistungsverkehr sowie dem Kapitalverkehr sei auch die Freizügigkeit erwähnt, die vierte im Vertrag von Rom verankerte Freiheit. Dank der Richtlinie über die Anerkennung der Diplome werden die europäischen Bürger, die ein Diplom besitzen, auf längere Sicht ihren Beruf im gesamten Hoheitsgebiet der Gemeinschaft ausüben können, was — wenn überhaupt — ein Zeichen dafür ist, daß unser Wirtschafts- und Sozialraum zur Zeit eine neue Dimension erhält. Um uns hierauf besser vorzubereiten, müssen wir — wie ich mit den Sozialpartnern bereits am vergangenen Donnerstag erörtert habe — einen europäischen Arbeitsmarkt schaffen.

Die Dynamik der Veränderung hat im übrigen schon alle Gemeinschaftstätigkeiten erfaßt. So wird es einen

gemeinsamen Markt in allen Bereichen, einschließlich des Verkehrs, der Energie und der aus der wissenschaftlichen Forschung hervorgegangenen neuen Produkte geben. Auch den europäischen Verbrauchern werden daraus — wie schon jetzt — neue Möglichkeiten erwachsen. Ein weiteres sichtbares Zeichen für den Sprung, der getan wurde, ist die Art und Weise, wie die Eisen- und Stahlindustrie nach sechs Jahren Unterstützung den Schock überwunden hat, den ihr die schlimmste Strukturkrise ihrer Geschichte seit Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl versetzt hatte.

Dennoch, meine Damen und Herren, verliebt man sich nicht in einen großen Binnenmarkt, wie ich in den vergangenen Monaten immer wieder gesagt habe. Auch der Historiker Fernand Braudel, ein wacher Beobachter unserer Bemühungen zu Beginn der 60er Jahre, meinte wohl nichts anderes, als er ausrief: „Es hieße die Menschen schlecht kennen, wollte man ihnen nur diese nüchternen Zahlen vorsetzen, die sich neben dem Enthusiasmus, den keineswegs unvernünftigen Leidenschaften, die das Europa von einst oder gestern mitgerissen haben, so blaß ausnehmen. Kann sich ein europäisches Bewußtsein nur auf Zahlen gründen? Kann es sich ihnen nicht vielmehr entziehen, auf unvorhersehbare Weise über sie hinauswachsen?“

Aus diesem Grund, meine Damen und Herren, bestehe ich nicht nur auf der Schaffung eines großen Raums ohne Grenzen, sondern auch auf den flankierenden Politiken, die den Männern und Frauen in der Gemeinschaft neue Zukunftsmöglichkeiten erschließen. Mit einem Wort, es gilt die Einheitliche Akte, aber die ganze Einheitliche Akte zu verwirklichen.

Es kann keinen Zweifel daran geben, wir müssen an allen Fronten gleichzeitig Fortschritte erzielen, denn sonst ...

Wie soll Europa verwirklicht werden, wenn nicht die erwerbstätigen Männer und Frauen — abhängig Beschäftigte, Unternehmensleiter, Landwirte, Industrielle, Vertreter der freien Berufe — seine wichtigsten Baumeister sind?

Wie soll Europa verwirklicht werden, wenn wir ein so mächtiges Instrument der Annäherung, ja der Kultur wie das Fernsehen vernachlässigen, d. h. den anderen, Amerikanern oder Japanern, überlassen?

Wie soll Europa verwirklicht werden, wenn wir Forschung, eine Quelle des Reichtums, aber auch der Hoffnung für die Zukunft, weiterhin isoliert betreiben?

Wie soll Europa verwirklicht werden, wenn wir dulden, daß seine Landschaften verschandelt werden und seine Umwelt verkommt?

Und wie soll Europa verwirklicht werden, wenn die Jugendlichen in ihm nicht ein gemeinsames Projekt und eine Darstellung ihrer eigenen Zukunft sehen?

Daher also Zusammenhalt und Solidarität. Im sozialen Bereich bin ich persönlich Verpflichtungen eingegangen. Sie sind gehalten worden und werden auch in Zukunft gehalten. Die Kommission will eine Charta der sozialen Grundrechte aufstellen, um unser europäisches Gesellschaftsmodell zu konkretisieren und lebendig werden zu lassen. Um die Traditionen und Empfindlichkeiten in unserer Gemeinschaft zu respektieren, hat sie vorgeschlagen, sich zwischen drei Arten der Partizipation der Arbeitnehmer im Unternehmen zu entscheiden, um die von der großen Mehrheit in der Wirtschaft für notwendig gehaltene Satzung einer Gesellschaft europäischen Rechts auszuarbeiten. Sie hat die Texte verfaßt, um Artikel 118 a zu verwirklichen und so die Voraussetzungen für Hygiene, Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer zu harmonisieren. Hier gibt es, wie Sie zugeben werden, über jede Demagogie hinaus, in den kommenden Jahren noch Spielraum für wesentliche Verbesserungen, aber auch viel Arbeit.

Ich möchte außerdem daran erinnern, daß ich seit Januar 1985 trotz der Risiken eines Mißerfolgs oder einer vorsätzlichen Täuschung den sozialen Dialog auf europäischer Ebene wieder in Gang gebracht habe. Die Sozialpartner haben miteinander beraten und gemeinsame Stellungnahmen abgegeben, deren Tragweite nicht zu unterschätzen ist. Am 12. Januar letzten Jahres, als einige, nicht ohne Grund, ein

Aneinandervorbeireden gefürchtet hatten, haben die europäischen und einzelstaatlichen Vertreter der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände dem sozialen Dialog einen neuen realistischen und konkreten Impuls verliehen. Die Kommission wird sich bemühen, diesen Erörterungen Nährstoff zu geben und zu bewirken, daß sie die sozialen Beziehungen auf Landes- wie auf Regionalebene — in den Wirtschaftszweigen und in den Unternehmen — durch eine Art von Wechselwirkung von oben nach unten und von unten nach oben bereichern. Jeder kann auf diese Weise seinen Beitrag zur Erneuerung Europas leisten.

Das notwendige Zusammengehörigkeitsgefühl muß auch zwischen den verschiedenen Regionen und den sonstigen dezentralisierten Körperschaften zum Ausdruck kommen. Das Parlament hat immer wieder auf diesen Punkt hingewiesen. Jeder muß seine Chance wahrnehmen und seine komparativen Vorteile, seine menschlichen, natürlichen und technischen Ressourcen optimal nutzen. Deshalb messe ich der Durchführung der neuen gemeinsamen Politiken, die die Kommission in ihrer Schrift „Die Einheitliche Akte muß ein Erfolg werden“ vorgeschlagen hat und die vom Europäischen Rat im Februar 1988 gebilligt wurden, größte Bedeutung bei. Auch hier geht es um eine echte Herausforderung an unsere Denk- und Handlungsweise. Der Erfolg wird nicht nur von der Dynamik und dem Können der Kommission abhängen. Es wird dabei auf die Innovationsfähigkeit jeder Region ankommen. Der Erfolg wird nur möglich sein, wenn die einzelstaatlichen Bürokratien darauf verzichten, alles kontrollieren zu wollen und nur mit finanziellen Transfers zu argumentieren.

Die Kommission ihrerseits wird sich darauf einrichten, diese Initiativen zu stimulieren und die Regionen zur Zusammenarbeit zu veranlassen. Es wird ihr auch obliegen, dieses große europäische Verkehrswegenetz zu fördern, das es ermöglichen wird, schneller und billiger weite Entfernungen in Europa zu überwinden.

Meine Damen und Herren, diese Solidarität äußert sich auch in der Interdependenz aller Tätigkeitsbereiche. Dies beweist die neue Verteilung der Zuständigkeiten auf die einzelnen Kommissionsmitglieder. Die Kommission hat organisatorische Vorkehrungen getroffen, um allen zu helfen — von den Großunternehmen, den wichtigen genossenschaftlichen Sektor nicht zu vergessen, von der Produktion von Waren und Dienstleistungen bis zum Vertrieb.

Ich komme nun zur Forschung, zum Bildungswesen und zum Umweltschutz. Forschung und Bildung sind von entscheidender Bedeutung für die wirtschaftliche Auseinandersetzung in einer Phase tiefgreifenden Wandels. Wir haben für 1987 bis 1992 das in seiner Finanzierung hart umkämpfte erste Rahmenprogramm für Forschung und Entwicklung angenommen, das sich auf die Einheitliche Akte gründet, selbst wenn es uns noch unzureichend erscheint, um allen Herausforderungen zu begegnen. In dessen Folge wurden mehrere spezifische Programme vorgeschlagen und angenommen: für die Informationstechnologien, für die Telekommunikation, für die Einführung fortgeschrittener Verfahren in den als traditionell bezeichneten Industriebereichen. Viele andere Programme zeigen den Willen der Gemeinschaft, eine bessere kollektive Bewältigung der neuen Entdeckungen zu gewährleisten. Ich möchte den Multiplikatoreffekt dieser Programme hervorheben, ihre kreativen Aspekte und ihren bahnbrechenden Charakter. Das hierfür zuständige neue Kommissionsmitglied beabsichtigt ein vielseitigeres Vorgehen, um den Bedarf zu decken, der aus einer Neuerung oder aus einem stärkeren Wettbewerb entsteht. Dies werden Sie 1989 zu erörtern haben.

Immer noch im Namen der Wettbewerbsfähigkeit, aber auch aus der Sicht der Verteidigung unserer kulturellen Identität will die Gemeinschaft keineswegs das Monopol der audiovisuellen Technik den Japanern und das der Programmtechnik den Amerikanern überlassen. Die Kommission hat daher vorgeschlagen, auf die drei Elemente dieses Komplexes einzuwirken: den europäischen audiovisuellen Raum zu gestalten, die fortgeschrittensten Technologien anzuwenden, an erster Stelle die Hochauflösung, und schließlich die Produktion audiovisueller Programme zu stimulieren, worauf das zwar bescheidene, aber wirkungsvolle Media-Programm abzielt.

Ich hoffe, daß das von Präsident Mitterand vorgeschlagene audiovisuelle Eureka-Programm unseren Künstlern und Intellektuellen die Ausdrucksmöglichkeiten anbieten wird, deren sie bedürfen, um das Kulturgut Europas zu bereichern.

Unsere ersten vom Parlament unterstützten Aktionen im Bildungsbereich sind vielversprechend. Dies beweist der echte Erfolg unseres Jugendaustausches, der innerhalb der Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Wirtschaft im Comett-Programm oder innerhalb des Austauschs zwischen den Universitäten im Erasmus-Programm stattfindet — die besten Garantien für diese europäische Osmose, die sich zur Zeit entwickelt. Wie ermutigend ist es festzustellen — und dies konnte ich wiederholt tun —, wie begeistert Lernende, Lehrende und Unternehmer sind, die durch die Erweiterung der Austauschmaßnahmen die Vorkämpfer dieser fünften Freiheit, d.h. der Freizügigkeit der Gedanken geworden sind.

Auf dem Gebiet des Umweltschutzes würde ich mir raschere Fortschritte wünschen. Ich werde später darauf zurückkommen. Zunächst möchte ich nur die Maßnahmen im Bereich der Luftreinhaltung erwähnen: Die Vorschriften über umweltfreundliche Kraftfahrzeuge und die Normen für Großfeuerungsanlagen zeigen, daß Binnenmarkt und Umweltschutz sich nicht gegenseitig ausschließen, sondern sich ergänzen.

Die Gemeinschaft muß von allen ihren Mitgliedern getragen werden, daher ist die europäische Politik ausnahmslos an den Grundsätzen der Kohärenz, des Zusammenhalts und der Solidarität ausgerichtet.

Die Kohärenz ergibt sich aus dem klar zum Ausdruck gebrachten Willen, an allen Fronten gleichzeitig voranzuschreiten und die Liberalisierung und Harmonisierung überall in gleicher Weise voranzutreiben, gleichgültig, ob es sich um öffentliche Übernahmeangebote, die Versicherungswirtschaft oder um Banken handelt. Zusammenhalt bedeutet, daß die Gemeinschaft mehr ist als nur eine Freihandelszone mit gewissen Finanztransfers, sondern als ein gemeinsamer Wirtschafts- und Sozialraum, ein organisierter Raum, verstanden werden muß. Die Solidarität schließlich wird dadurch unter Beweis gestellt, daß die Gemeinschaft durch Verdopplung der Strukturfonds und durch planvollen und gezielten Einsatz der Mittel denjenigen Ländern zu Hilfe kommt, für die die Anpassung am schwierigsten ist. Ich denke aber auch, und das möchte ich an dieser Stelle betonen, an die Gebiete, die weit vom Zentrum der Gemeinschaft entfernt sind und für die die Kommission besondere Aktionen vorschlägt.

Europa ist in Bewegung, sagte ich, und, was ebenso wichtig ist, das Haus ist in Ordnung! Die Kommission hat ihr Versprechen gehalten: Das Haus ist in Ordnung — der Europäische Rat von Brüssel hat es bestätigt. Um nur ein Beispiel zu nennen: Die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik wird durchgeführt. Die Verringerung der Vorräte, die das Ergebnis einer aktiven Absatzpolitik ist, beweist die Richtigkeit dieser Aussage. Diese Reform der GAP ist, wie Sie wissen, dazu bestimmt, die Produktion mehr am Markt auszurichten. Sie beinhaltet jedoch auch flankierende Maßnahmen, die diese Entwicklung für die weniger begünstigten Landwirte tragbar machen. Diese Reform ist unerlässlich, um die Zukunft unserer Landwirte zu sichern. Denn sie allein sind die Gewähr dafür, daß Europa eine „Agrarmacht“ bleiben kann. Nur diese Reform kann — und die Kommission wird das ihrige dazu tun — die Landwirte an der Scholle festhalten und im Sinne des Vertrags von Rom den Familienbetrieben eine Entfaltungsmöglichkeit geben. Diese Reform ist ein wichtiger Beitrag zur Erreichung eines Ziels, für das ich mich unermüdlich eingesetzt habe: die Erneuerung des ländlichen Raumes als Ausdruck unseres Willens, gegen seine Verödung und wirtschaftliche Benachteiligung zu kämpfen.

Aber diese Reform hat nur dann Sinn, wenn die Haushaltsdisziplin eingehalten wird. Und ich kann ihnen sagen: Sie wird eingehalten und wird auch künftig eingehalten werden. Wir haben uns in der interinstitutionellen Vereinbarung gemeinsam dazu verpflichtet. Für alle, die mit ansehen mußten, wie die Gemeinschaft jedes Jahr von neuem in eine konfliktgeladene und sterile Debatte über den Haushalt verfiel, hat es Symbolwert, daß der Haushalt für 1989 fristgerecht und ohne besondere Schwierigkeiten verabschiedet werden konnte. Das Haus ist in Ordnung: Das bedeutet ganz einfach, daß die Gemeinschaft verwaltet wird, daß ihr niemand mehr Inkonsequenz vorwerfen kann.

Auf diesen Grundlagen schließlich ein Europa im Gleichlauf mit den dynamischsten Wirtschaften. Dank dieser Bewegung, dieser kontrollierten Entwicklung befindet sich die Gemeinschaft heute im Gleichlauf mit den Volkswirtschaften ihrer großen Handelspartner. So hatte sie 1988 das beste Wachstum seit zwölf Jahren und bei den Investitionen den höchsten Stand seit einundzwanzig Jahren zu verzeichnen; 1,6 Millionen Arbeitsplätze wurden geschaffen, während 1982 eine Million Arbeitsplätze vernichtet wurde. So hat sich vor

allein die Lage der Jugendlichen am Arbeitsmarkt, die uns vor kurzem noch große Sorge bereitete, in den meisten Ländern nun schon im dritten Jahr hintereinander relativ gebessert. Ich will damit nicht etwa sagen, daß das Problem der Arbeitslosigkeit gelöst ist. An derlei Voraussagen haben sich schon zu viele Propheten den Mund verbrannt. Ich meine aber, daß man in diesen Zahlen einen Hoffnungsschimmer für das beängstigendste Problem unserer Gesellschaft erkennen kann, eine Ermutigung, diesen Weg fortzusetzen.

Skeptiker — und deren gibt es genug — werden in dieser Verbesserung der Wirtschaftslage natürlich nur die Auswirkungen der günstigen internationalen Konjunktur sehen wollen. Es stimmt, daß die großen Industrieländer zur Zeit den besten Zyklus seit Anfang der 70er Jahre erleben. Dies überrascht manche um so mehr, als die Wirtschaftswissenschaftler nach dem Börsenkrach vom Oktober 1987 beschrieben hatten, wie daraus eine weltweite Rezession entstehen könnte. Ich möchte dies hier in aller Deutlichkeit sagen: Sie haben sich nicht etwa getäuscht, wie immer wieder behauptet wurde. Man hat vielmehr einmal — ein einziges Mal — auf sie gehört! Eine Währungspolitik, mit der die Erschütterungen nach dem Börsenkrach aufgefangen werden konnten, die Stabilisierung des Dollars, wo manche doch einen weiteren Kursverfall vorausgesagt hatten, schließlich auch die Verbesserung der Terms of trade infolge des Rückgangs der Erdölpreise — all dies hielt den Motor der Weltwirtschaft in Gang, so daß sich das Wachstum fortsetzen konnte.

Dieser positive Befund darf uns allerdings nicht in Euphorie verfallen lassen. Er darf keinesfalls unseren Weitblick trüben und uns in trügerischer Sicherheit wiegen. Wie Sie wissen, gibt es noch zahlreiche Faktoren, die diese expansive Bewegung aufhalten können. Ein Grund mehr für die Gemeinschaft, als solche und mit ihrem ganzen Gewicht ihre Verantwortung beim Aufbau einer stabileren, leistungsfähigeren und gerechteren Weltwirtschaftsordnung zu übernehmen. Meine Damen und Herren, Sie und wir und auch der Ministerrat haben heute also eine hoffnungsvolle Botschaft zu verkünden.

Bleiben wir zunächst bei Europa: Glauben Sie, daß eine an sich selbst zweifelnde, kleinmütige und streitsüchtige Gemeinschaft — die Gemeinschaft also, wie sie sich früher darstellte — die sich ihr bietenden Gelegenheiten zu nutzen gewußt hätte? Glauben Sie, man dürfe die strukturellen Aspekte dieses spektakulären Aufschwungs vernachlässigen, also den wesentlichen Grund dafür, daß die Inflation in den meisten europäischen Ländern unter Kontrolle ist? Ich bin mir dessen sicher, weil die meisten Unternehmer, mit denen ich zusammentreffe, mir erklären, daß der Termin 1992 für sie investitionsbeschleunigend gewirkt hat. Wir wissen auch, wie sehr das wiedergewonnene Vertrauen die Haltung und die Erwartungen der Wirtschaftssubjekte verändern kann. Und da sich all dies auf gesünderer Grundlage vollzieht — strukturell abgesicherter Inflationsrückgang, Verringerung der Rigiditäten, teilweise zurückgewonnene Wettbewerbsfähigkeit, größere Transparenz —, konnte sich das Europa des im Entstehen begriffenen großen Binnenmarktes die vorherrschenden Tendenzen der internationalen Konjunktur voll zunutze machen. Dabei hatte man manchen EG-Mitgliedstaaten bereits auf Dauer ein wirtschaftliches Schildkrötenschicksal prophezeit!

Ich bin deshalb so ausführlich auf die Wirtschaftssituation eingegangen, weil im Zusammenhang mit dem sozialen Raum immer das Problem der Arbeitslosigkeit angesprochen wird. Wir haben in dieser Hinsicht Fortschritte gemacht. Wenn wir von 1992 sprechen, wirft man uns Traumtänzeri vor. Der Traum ist jedoch zum Teil schon Wirklichkeit geworden.

Oder zeugen meine Worte etwa von übertriebenem Optimismus? Das glaube ich nicht. Nein, endlich können wir sagen: „Europa? Die Sache läuft.“ Selbstverständlich kann ich die Schwierigkeiten, die uns erwarten, nicht verschweigen. Sie sind sowohl politischer als auch technischer Art und betreffen etwa die Einwanderungspolitik, die Besteuerung der Ersparnis oder die Annäherung der indirekten Steuern, die Bedingungen für die Zusammenarbeit zur Bekämpfung von Drogen, Kriminalität oder Terrorismus, um die physischen Grenzen wirklich abschaffen zu können.

Sie sind aber auch psychologischer Art, und hierin dürfte der große Unterschied gegenüber 1985 liegen. Je stärker man sich nämlich dessen bewußt wird, was die Einheitliche Akte von uns verlangt, um so größer werden ganz gewiß auch die Widerstände in ihren Ländern werden.

Deshalb begegnen wohl auch manche unseren Erfolgen mit Geringschätzung und rücken nur unsere Schwierigkeiten in den Vordergrund. Man will originell sein und verschmäht das Glück, wieder ein lebendiges Europa vor sich zu sehen. Sie kennen die schlechten Hirten, wir alle kennen sie. Wir jedenfalls haben niemals behauptet, daß der große Binnenmarkt die Mitgliedstaaten der beträchtlichen Anpassungsanstrengungen entheben würde, die der Wettbewerb und die notwendige Wettbewerbsfähigkeit auf einem künftig weltweiten Markt erfordern. Gemessen an der Elle der Zugeständnisse — da dieses Wort nun leider einmal verwendet wird —, die jedes Land machen muß, um diese Schwierigkeiten zu überwinden, kann aber wohl kaum behauptet werden, daß die Nachteile die Vorteile überwiegen, die man sich von der Verwirklichung der Einheitlichen Akte in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht verspricht.

Ich bin daher versucht, in den berühmten Ausruf eines französischen Politikers einzustimmen: „Endlich fangen die Schwierigkeiten an“, denn ich bin sicher, daß ihre Lösung deutlich machen wird, wie sehr die Europäische Union bereits Wirklichkeit geworden ist, jedenfalls mehr, als es den Anschein hat.

Dazu müssen wir uns in erster Linie auf die Macht der Institutionen verlassen. Wären diese Fortschritte ohne eine Verstärkung der Leistungsfähigkeit unserer Institutionen möglich gewesen? Ich möchte dies bezweifeln. Ich erinnere mich noch an die institutionelle Debatte in diesem Plenarsaal vor der Verabschiedung der Einheitlichen Akte. Zwar waren Sie ebenso wie ich überzeugt, daß der Entscheidungsprozeß verbessert werden mußte, doch träumten manche von großen Umwälzungen. Dazu kam es nicht, doch hat uns die Ausdehnung der Abstimmungen mit qualifizierter Mehrheit die Aufgabe sehr erleichtert.

Ich jedenfalls kann die damals beschlossene Beteiligung Ihres Parlaments am Entscheidungsprozeß nur begrüßen. Wer darin die Gefahr einer Verlangsamung unserer Tätigkeit sah, hat sich geirrt, das kann die Kommission bezeugen. Die Straßburger Versammlung hat seit vier Jahren die äußerst positive Rolle gespielt, die wir von ihr erwartet haben. Aber Vorsicht: Es darf nicht zu einem Ungleichgewicht zwischen Ihrer Versammlung und den einzelstaatlichen Parlamenten kommen. Ich möchte an dieser Stelle nochmals betonen, daß ich der zunehmenden Einbeziehung der einzelstaatlichen Parlamente große Bedeutung beimesse, damit diese unserer Tätigkeit Rechnung tragen. Mir scheint, es ist an Ihnen, den Abgeordneten des Europäischen Parlaments, die Initiativen gegenüber Ihren Kollegen in den nationalen Parlamenten zu verstärken.

So ist zwar das Europäische Parlament seiner Rolle im Rahmen der Zusammenarbeit voll gerecht geworden, doch muß man nach den Ursachen der Verzögerungen im Rat, der klassischen Schwierigkeiten fragen, die die gedeihliche Entwicklung unseres gemeinsamen Projektes stören. Wie Lord Cockfield in seinem „Halbzeitbericht“ sagte: „Obgleich uns noch vier Jahre vom 31. Dezember 1992 trennen, müssen die Mitgliedstaaten genügend Zeit haben, um die Gemeinschaftsmaßnahmen in ihr innerstaatliches Recht zu übernehmen (...). In der Praxis heißt das, daß der Rat den wesentlichen Teil seiner Arbeiten in den nächsten beiden Jahren abschließen muß. Er muß sein Tempo beträchtlich beschleunigen“. Nebenbei bemerkt: In einem Bereich bereitet uns diese Haltung des Rates erst seit zwei, drei Monaten besondere Sorge, nämlich in der Landwirtschaft. Selbst wenn man die historischen Gründe kennt, kann man sich nämlich in der Tat fragen, weshalb die Agrarfragen nicht in dem gleichen Rahmen und mit der gleichen Rigorosität behandelt werden wie die Angelegenheiten, die durch den Filter des Ausschusses der Ständigen Vertreter laufen.

Ich komme nunmehr zu Europas Stellung in der Welt, zu Europa als Partner. Hat sich aber die Gemeinschaft der Herausforderung gestellt, ihren Einfluß geltend zu machen? Hat sie die Fähigkeit zurückgewonnen, zu agieren und nicht nur zu reagieren oder anderen zu folgen? Wenn man sieht, welche lebhafteste Kampagne in den Vereinigten Staaten oder in Japan um das Schlagwort „Festung Europa“ entfesselt wurde, könnte man dies annehmen. Diese ungerechtfertigte Kampagne ist zunächst einmal ein Beweis für unsere neue Dynamik.

Diese Kampagne ist deshalb ungerechtfertigt, weil alle Wirtschaftsdaten beweisen, daß es für den größten Exporteur der Welt, also die Europäische Gemeinschaft, absurd wäre, ihre Grenzen gegenüber ausländischen Erzeugnissen zu schließen. Der Handelsverkehr der Europäischen Gemeinschaft macht 20% des Welthandels aus (38%, wenn man den innergemeinschaftlichen Handel hinzurechnet) gegenüber 15% in

den Vereinigten Staaten und 9% in Japan. Diese Zahlen zeigen doch deutlich, daß Europa das erste Opfer eines wiedererstarkenden Protektionismus wäre, zumal es mehr als seine Partner bei der eigenen Produktion auf den Welthandel angewiesen ist.

Falls dieses Argument des gesunden Menschenverstandes nicht ausreicht, kann die Gemeinschaft auch auf ihre Anstrengungen in den letzten Jahren bei den so umstrittenen Agrarsubventionen verweisen. Unsere Auseinandersetzungen mit den Vereinigten Staaten im GATT im Rahmen der Uruguay-Runde sind Ihnen bekannt. Während aber die einen — wie wir — ihre Agrarpolitik im Sinne der internationalen Empfehlungen reformieren und den Umfang ihrer Subventionen um 20% senken, brüsten sich die anderen mit hochfliegenden Zukunftsplänen, verfolgen aber in der täglichen Praxis eine Politik, die auf eine Konfrontation auf den Weltmärkten hinausläuft. Ich frage Sie: Ist das vernünftig? Wer hat recht?

Da Europa seine Dynamik unter Beweis stellt, da dieser Markt von 320 Millionen Einwohnern mit hohem Lebensstandard viele Begehrlichkeiten weckt, scheut man sich nicht vor der Behauptung, wir errichteten Bollwerke. Machen wir uns nichts vor. Diejenigen, die dieses Bild von uns zeichnen, wollen ein offenes Europa ohne gemeinsame Politik, ohne Reaktion, ohne politischen Willen. Bei sich zu Hause aber verabschieden sie protektionistische Handelsgesetze oder verzögern mit allen möglichen Tricks eine zaghafte Öffnung ihres eigenen Marktes. All denen sagen wir mit aller Deutlichkeit: Europa wird offen, aber nicht preisgegeben sein.

Europa wird fest auftreten und hat dies gegenüber unlauteren Handelspraktiken bereits gezeigt. Bei Differenzen wird sich die Gemeinschaft auch weiterhin an das GATT wenden. Sie wird bei unzulässigen und diskriminierenden Maßnahmen der Drittländer entschlossen reagieren. Kurz gesagt: Europa läßt sich nicht einschüchtern, wird aber selbstverständlich an seiner aufgeschlossenen, konstruktiven Haltung festhalten, wie es dies seit Beginn der Uruguay-Runde getan hat, um zu der so lebenswichtigen Ausdehnung des multilateralen Handels beizutragen.

Seien wir klar und offen, wie sich dies unter Freunden gehört. Auf der gegenwärtigen Grundlage können wir — Amerikaner und Europäer, d.h. die beiden größten Agrarproduzenten der Welt — offenbar nicht zu einer Einigung gelangen und aufhören, in einem erbarmungslosen Subventionskrieg die Weltmärkte zu stören. Vor allem aber ist dies nicht das Klima, von dem eine fruchtbare Partnerschaft getragen sein sollte, die allein der engen Freundschaft würdig ist, die unsere Völker verbindet. Noch ist es nicht zu spät, zu dem vertrauensvollen gegenseitigen Verständnis zurückzukehren, von dem die Geschichte der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Europa so oft geprägt war.

Wir Europäer sind dazu bereit, aber nur unter der Bedingung, daß die Europäer respektiert werden. Weil unsere Geschicke als Mitglieder der freien Welt miteinander verknüpft sind, weil es in unserem beiderseitigen Interesse liegt, hoffe ich, daß wir in allen Bereichen rasch eine in ihrem Geist und ihren Methoden erneuerte Zusammenarbeit wiederaufnehmen können.

Wir vergessen aber auch nicht unseren anderen großen Partner, Japan, mit dem wir auf der Grundlage einer echten Gegenseitigkeit unsere kommerziellen und finanziellen und, wie ich hoffe, auch kulturellen Beziehungen weiter ausbauen wollen. Ohne Zweifel bleibt noch viel, sehr viel zu tun.

Um auf unser Europa im weitesten Sinne zurückzukommen, so muß den Beziehungen zu den Ländern der Europäischen Freihandelszone sowohl multilateral als auch bilateral ein besonderes Gewicht gegeben werden. Wesentliche Fortschritte sind erzielt worden. Ob aber auch rasch genug? Auf diese Frage werde ich noch zurückkommen.

Die neue Attraktivität der Gemeinschaft ist auch in dem historischen Durchbruch zu erkennen, der seit vier Jahren in den Ost-West-Beziehungen erzielt wurde, ob es sich nun um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion und fünf anderen Ländern, um die parallele Aufnahme offizieller Beziehungen zum Comecon oder um den Abschluß von Handelsabkommen mit Ungarn und der Tschechoslowakei handelt. Generell erlebt die Gemeinschaft, daß sich ihre Nachbarn ihr in immer stärkerem Maße zuwenden. Sie muß dies begrüßen und eine Politik entwickeln, die man als „Politik der evolutionären

Nähe“ bezeichnen könnte, die sehr unterschiedlichen Situationen angepaßt und auch den nordafrikanischen Ländern vorgeschlagen werden müßte. Eins dieser Länder, Marokko, hat bekanntlich sein besonderes Interesse an der Europäischen Gemeinschaft bekundet. Das sollten wir nicht vergessen, auch wenn Marokko zur Zeit nach eigenen Aussagen vorrangig Diskussionen mit seinen nächsten Partnern vor allem im Hinblick auf einen Großen Maghreb führt. Wir verfolgen diese Bemühungen mit um so mehr Sympathie und Interesse, als wir in bilateralen Abkommen unsere Zusammenarbeit mit Algerien, Marokko und Tunesien verstärkt haben.

Ich möchte mich jedoch nicht auf Wirtschaft und Handel beschränken und damit die Situation idyllischer darstellen, als sie in Wirklichkeit ist. Wenn die Gemeinschaft Begehrlichkeiten oder Interesse weckt, so frage ich mich manchmal, ob sie ihrer neuen Würde immer gerecht wird. Ich habe nach der Tagung des Europäischen Rates von Rhodos vor diesem Hohen Hause bereits bedauert, daß die politische Zusammenarbeit weniger rasche Fortschritte macht als der wirtschaftliche Aufbau und daß es die Zwölf nicht für nötig hielten, im Ost-West-Dialog gemeinsame Positionen zu vertreten und Initiativen zu ergreifen. Man entgegnete mir, die europäischen Länder seien auf der KSZE-Konferenz in Wien vertreten und arbeiteten dort aktiv mit. Selbstverständlich können wir alle es nur begrüßen, daß der Prozeß fortgesetzt wird, der 1975 in Helsinki von 35 Ländern eingeleitet wurde. Die Wiener Vereinbarungen werden der ausgewogenen Abrüstung, einer erweiterten wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit, der Abschaffung bestimmter Behinderungen in der Ausübung der Menschenrechte neue Horizonte eröffnen. Die Gemeinschaft hat ein Interesse an diesen Vereinbarungen. Sie muß dabei als solche noch stärker in Erscheinung treten.

Immer wieder muß man sich aber fragen, ob sich die europäischen Bürger wirklich dessen bewußt sind, daß es in den Beziehungen zwischen den beiden Großmächten vor allem auch um sie selbst geht? In ihrem Staatsgebiet lagern immerhin gewaltige Waffenarsenale. Ihr Staatsgebiet kann möglicherweise schon morgen Zielscheibe eines Atomkriegs sein, und selbst wenn man von dieser schrecklichen Möglichkeit absieht, verstehen es manche nur zu gut, unsere Völker damit zu beeindrucken. Ich glaube daher nach wie vor, daß die Zwölf im Rahmen der politischen Zusammenarbeit noch geschlossener auftreten und verstärkt Vorschläge machen müssen.

Diese Überlegungen dürfen nicht so verstanden werden, als ob die Kommission nicht genau zu unterscheiden wüßte. Sie kennt die Grenzen ihrer Zuständigkeiten, auch wenn sie an den Sitzungen der politischen Zusammenarbeit voll teilnimmt. Das Geschick der Gemeinschaft ist jedoch unteilbar. Ein starkes Europa muß uns allen am Herzen liegen. Falls die Kluft zwischen den Fortschritten des wirtschaftlichen Europas und der zögernden Entwicklung des außenpolitischen Europas noch größer werden sollte, könnten unsere Dynamik und unsere Entschlossenheit nachlassen. Die Wirtschaft läßt sich nämlich immer schwerer vom Politischen trennen. Muß ich darüber hinaus daran erinnern, daß die Zwölf in der Präambel zur Einheitlichen Akte feierlich ihren Willen bekräftigt haben, die Europäische Union zu verwirklichen, was nichts anderes heißt als: einer für zwölf, zwölf für einen.

Diese Bemerkungen über die Zurückhaltung oder eine gewisse Zurückhaltung Europas gelten, so scheint mir, für die gesamte auswärtige Tätigkeit der Gemeinschaft. Über seine Rolle im Handel hinaus möchte Europa ein wirklich loyaler, jedoch wachsamer und ehrgeiziger Partner sein, der am Aufbau einer gerechteren und leistungsfähigeren Wirtschaftsordnung mitwirken will.

Partner im Rahmen einer gerechteren Ordnung, das heißt, daß der Nord-Süd-Dialog wieder aufgenommen werden muß, der durch die Krise und das Gefühl unterbrochen worden war, daß die Dinge angesichts des plötzlichen Reichtums einiger Ölländer und des Auftauchens neuer Industrieländer im Fluß sind. Sie wissen aber ebenso gut wie ich, daß dies für einen Teil der Welt nicht gilt. Zwar ist das Gespenst einer schweren Finanzkrise vorerst gewichen, allerdings um den Preis von Anstrengungen der verschuldeten Länder, die manchmal ihr junges und daher besonders anfälliges demokratisches System angreifen. Die Antwort auf das Schuldenproblem läßt sich nicht mit dem praktischen Schlagwort Strukturanpassung zusammenfassen — die Gefahren für die Demokratie sind zu groß!

Sehen wir uns einmal die Zahlen an: Durch die Anpassung ist der Lebensstandard der Länder mit mittlerem

Einkommen von 1980 bis 1986 kontinuierlich um 2% pro Jahr gesunken und 1988 nochmals um einen halben Punkt. In den Ländern südlich der Sahara ist das Pro-Kopf-Einkommen um 25% niedriger als in den 70er Jahren.

Hat sich nun aber das Wachstumspotential der verschuldeten Länder vergrößert? Ich fürchte: Nein. Mit einer kurzsichtigen Anpassungspolitik wird man zwar manchmal gesund, doch verschlechtert sich dabei der Allgemeinzustand so sehr, daß keine weiteren Fortschritte mehr möglich sind.

Sicher waren in jüngster Vergangenheit einige Verbesserungen zu verzeichnen: zunächst die Orientierungen des Gipfels von Toronto für die ärmsten Länder. Erlauben Sie mir hier eine Zwischenbemerkung: Wir waren glücklich zu sehen, daß die Europäer sich in dieser Frage einig waren, ein seltenes Ereignis, das verdient, hervorgehoben zu werden. Schließlich beginnt der Markt selbst, Techniken des Schuldenabbaus zuzulassen. Dennoch ist festzustellen, daß selbst in einem Jahr mit beträchtlichem Wirtschaftswachstum und stetiger Ausweitung des Welthandels wie 1988 der Finanztransfer von den armen zu den reichen Ländern immerhin noch 40 Milliarden Dollar betrug, die zu den 100 Milliarden der vorangegangenen vier Jahre hinzukommen. Der Ansatz für eine Lösung ist bekannt: eine Kombination struktureller Maßnahmen der verschuldeten Länder mit einer vermehrten Inanspruchnahme privater und öffentlicher Finanzierungen und einer größeren Öffnung der Märkte der Industrieländer, unserer Märkte.

Soll und kann die Gemeinschaft ihren Teil dazu beitragen? Sie muß es, und sie kann es, denn die Demokratie und das soziale Gleichgewicht sind gefährdet, und das betrifft alle Europäer und, wie heute morgen der Präsident des Rates sagte, unsere Beziehungen namentlich zu Latein- und Zentralamerika. Sie kann es, denn das Glied „Handel“ der Kette Finanzen-Handel-Währung befindet sich zum Teil in ihrer Hand. Als Handelspartner, der in der Lage ist zu geben, jedoch auch Forderungen zu stellen und zu nehmen, kann die Gemeinschaft die Initiativen ergreifen, die es ermöglichen, das wirtschaftliche Potential dieser Länder durch vermehrte Importe zu stimulieren. So können die Finanzlasten verringert und kann Handlungsspielraum geschaffen werden, um die Zukunft durch ausreichende Investitionsprogramme zu sichern. Mit anderen Worten, die Gemeinschaft kann mit gutem Beispiel vorangehen und den Anstoß für einen Ansatz geben, der es ermöglicht, kurzfristige Sanierung und mittelfristige Entwicklung miteinander in Einklang zu bringen. Die Gemeinschaft wird Gelegenheit haben, bei der Vorbereitung des Abkommens Lomé IV mit den Ländern des afrikanischen, karibischen und pazifischen Raumes sowie bei dem unter günstigen Auspizien beginnenden Dialog mit den Ländern Latein- und Zentralamerikas ihre Vorschläge zu konkretisieren.

Eine weitere Priorität für uns sind Umwelt und Lebensraum, denn Partner einer gerechteren und effizienteren Wirtschaftsordnung für die Welt zu sein, bedeutet auch, daß der Frage des Umweltschutzes gebührende Beachtung geschenkt wird.

Ist dies nicht auch eines der Themen, das wir mit dem „anderen Europa“ teilen können? Von Tschernobyl bis zur Donau weiß man, wie teuer es zu stehen kommt, wenn man die Natur antastet oder mißachtet. Sie alle wissen, was auf dem Spiel steht: Es ist ebenso das alltägliche Verhältnis des Menschen zu seinem Lebensrahmen wie das Jahrtausende alte Verhältnis zwischen Gesellschaft und Natur. Bei diesem Kampf um die Erhaltung der Umwelt, der inzwischen weltumspannend geworden ist, steht Europa an vorderster Front.

Zunächst einmal deshalb, weil Europa reich ist und daher mit einem beschleunigten Fortschritt der Wissenschaft konfrontiert ist, der unseren Lebensrahmen ständig ändert. Zwar haben die europäischen Länder — leider — nicht mehr das Privileg der Umweltverschmutzung durch die Industrie, doch bezahlen wir als erste in Form des sauren Regens und der Zerstörung der natürlichen Trinkwasservorkommen einen hohen Preis für eine landwirtschaftliche und industrielle Effizienz, die fast schon als Produktivismus bezeichnet werden kann.

Der zweite Grund ist der, daß die Entwicklung in Europa seit Jahrhunderten durch ein besonderes Gleichgewicht zwischen Gesellschaft und Natur gekennzeichnet war. Seit dem Mittelalter hat die europäische Bevölkerung den ländlichen Raum stets voll besiedelt. Mit 320 Millionen Einwohnern, die über

mehr als 2 Millionen Quadratkilometer verstreut sind, ist das europäische Territorium in bezug auf die ausgewogene Bevölkerungsverteilung und die Progressivste der städtischen Hierarchien heutzutage einzigartig.

Meine Damen und Herren! Diese besondere Situation hat die Lage der Familie in der Gesellschaft, die Konzeption der wirtschaftlichen und sozialen Organisation, den Platz und die Struktur der Städte und des ländlichen Raumes bestimmt. Hier begegnen wir, auch wenn das manchen nicht gefallen mag, Europa in seiner ganzen Einmaligkeit, die gewahrt werden muß.

Aber gerade dieses Gleichgewicht ist gefährdet: In mehreren Ländern der Gemeinschaft droht eine Entvölkerung des ländlichen Raumes, während andererseits die größten Städte mit immer größeren Verwaltungs- und Raumordnungsproblemen zu kämpfen haben. Was können wir angesichts dieser Gefahr tun?

Zunächst einmal müssen wir freimütig zugeben, daß die Europäische Gemeinschaft aus ihren Erfahrungen nicht gelernt hat und ihre Ressourcen nicht voll eingesetzt hat.

Dann — ich möchte fast sagen: zuerst — muß die Gemeinschaft ihre eigenen Grundsätze anwenden, wie sie in der Einheitlichen Europäischen Akte verankert sind, die ihr Kompetenzen auf diesem Gebiet zuweist. Ich kann diese Grundsätze nennen, sie ergeben sich fast von selbst: Vorrang der Verhütung vor der Wiedergutmachung, Verursacherprinzip und schließlich Einbindung der Umweltpolitik in die anderen Politiken.

Wir müssen aber diese Grundsätze in die Wirklichkeit umsetzen. Auch hier ist Bewegung zu verspüren, die Mentalitäten ändern sich: Es ist beruhigend festzustellen, daß die Erhaltung der Umwelt nicht mehr als Wettbewerbshindernis betrachtet wird, sondern mitunter als ein Wettbewerbsvorteil. In der Tat zeigt die Suche nach alternativen Technologien, daß die Verteidigung der Natur wirtschaftlich rentabel ist und sich positiv auf die Beschäftigung auswirkt. Die Einstellung zu diesen Fragen muß sich ändern.

Darüber hinaus verfügt die Gemeinschaft dank der Einheitlichen Akte über zwei wichtige gesetzgeberische Handhaben: Artikel 130 R begründet eine Kompetenz der Gemeinschaft für den Fall, daß es sich als notwendig erweist, Maßnahmen zu erarbeiten, die unmittelbar die Bewirtschaftung des natürlichen Erbes betreffen. Artikel 100 A gibt ihr die Möglichkeit, auf allen Gebieten des Umweltschutzes, die mit der Verwirklichung des Binnenmarktes zusammenhängen, von einem hohen Schutzniveau auszugehen.

Gestützt auf diese Grundsätze und Aktionsmittel — diese könnten wirksamer eingesetzt werden, wenn es möglich wäre, auf diesem Gebiet wie in anderen Fällen mit qualifizierter Mehrheit und nicht einstimmig zu beschließen, wie Artikel 130 es vorsieht — kann Europa Politiken festlegen und koordinieren, die eine unmittelbare Auswirkung auf die Qualität der natürlichen Ressourcen haben. Ich habe diese große Aufgabe einem von seiner Sache überzeugten und kompetenten Kommissionsmitglied Übertragen, das nur für dieses Ressort zuständig ist.

Aber welche Aufgabe angesichts der internationalen Verknüpfung jeder Umweltpolitik!

Wir können bereits jetzt einige Aktionslinien aufzeigen. Die Kommission wird die Schaffung eines europäischen Meß- und Kontrollsystems für die Umwelt vorschlagen, das Ausgangspunkt für die Schaffung eines Europäischen Umweltamtes werden kann. Es geht hier darum, die bestehenden regionalen oder nationalen, öffentlichen oder privaten Instrumente miteinander zu verbinden oder solche zu schaffen, so daß ein Netz entsteht, das Messung, Kontrolle, Bescheinigung, Information und Warnung übernehmen kann. An dieser Initiative können sich selbstverständlich auch unsere Nachbarn beteiligen; auch eine Zusammenarbeit mit anderen vergleichbaren Strukturen oder Einrichtungen auf Weltebene ist denkbar.

Die Verwirklichung dieses Instruments wird ein Schritt ganz im Sinne des Brundtland-Berichts sein, aus dem wir im übrigen noch längst nicht alle Lehren gezogen haben. In einer ersten Phase wird die Gemeinschaft auf vier Gebieten energischer als bisher tätig werden, nämlich Erhaltung der Ozonschicht,

Treibhauseffekt, ein Ordnungsrahmen für giftige Abfälle und Rettung der tropischen Wälder. Die Kommission wird vorschlagen, die erforderlichen Initiativen in den zuständigen internationalen Gremien einzubringen oder zu unterstützen.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, Europa muß sich bei diesem Kampf voll und ganz engagieren. Es kann jedoch die Rolle, die von ihm erwartet wird, nur dann wahrnehmen, wenn es seine Kräfte bündelt, wenn die öffentliche Meinung der Mitgliedstaaten, die heute noch Divergenzen aufweist, sich auf diese große Aufgabe einigt. Daher ist meines Erachtens eine große Informationskampagne erforderlich, daher müssen Umweltprobleme in die Lehrpläne der Schulen aufgenommen werden. Unsere Jugendlichen müssen darauf vorbereitet werden, sozusagen als verantwortungsbewußte Familienväter die immensen Ressourcen einer zugleich gütigen und, gefährlichen, freigebigen und geizigen Natur zu bewirtschaften.

Ich wiederhole: Nach innen und außen sind Kohärenz, Zusammenhalt, Solidarität die Prinzipien, die das Handeln eines partnerschaftlichen Europas leiten müssen.

Meine Damen und Herren Abgeordneten, während eine Kommission ihre Amtszeit beendet und eine andere ihr nachfolgt, um das begonnene Werk weiterzuführen, kann Europa natürlich nicht ignorieren, was in der Welt vor sich geht. Wenn sich Gelegenheiten bieten, muß es sie ergreifen. Wenn es mit Herausforderungen konfrontiert wird, muß es sich ihnen stellen. Denn die Geschichte wartet nicht. Man wird von ihr mitunter gestört, wenn man sich auf sein Werk konzentrieren möchte, das darauf abzielt, alle Fäden der Einheitlichen Akte zu spinnen.

Von den Gelegenheiten, die es zu ergreifen gilt, möchte ich ihnen zwei nennen: Wir müssen das Europa der Bürger vorantreiben und die Wirtschafts- und Währungsunion auf den Weg bringen.

Sie ermessen sicherlich, welche außerordentliche Chance die allgemeinen Wahlen zum Europäischen Parlament im Frühjahr 1989 für Sie wie für uns darstellen. Seien Sie dessen ganz sicher, die Kommission ist von dieser Wahl, die es den Bürgern der zwölf Länder ermöglichen wird, sich an den Debatten besser zu beteiligen und ihre doppelte Zugehörigkeit zu ihrem Vaterland und zu Europa deutlich zum Ausdruck zu bringen, uneingeschränkt betroffen.

Gewiß hat die Kommission bei ihrer Politik der Fortentwicklung Europas dem arbeitenden Menschen den Vorrang gegenüber dem - Bürger eingeräumt, doch hat sie letzteren in Erwartung des Abbaus der Grenzen nicht völlig vernachlässigt: die Erhöhung der Steuerbefreiungen, die bald vollständige Abschaffung der Devisenkontrolle, die Beseitigung der Mehrwertsteuer-Doppelbesteuerung, die Gewährung der gleichen sozialen Rechte im Wohnsitzland, das regelmäßige Fortschreiten der Anerkennung der beruflichen Befähigungsnachweise — all diese Maßnahmen sind konkrete Beweise dafür, daß die Gemeinschaft nicht ein technokratischer Apparat, sondern durchaus auf den Menschen ausgerichtet ist. Sie sind der bisher bescheidene Beweis, daß unser Raum auch — ich möchte fast sagen in erster Linie — auf die Frauen und Männer in allen Bereichen ihrer Tätigkeit, in ihrem Berufsleben, aber auch in ihrem Leben als Staatsbürger zugeschnitten ist; dabei beziehe ich mich besonders auf den auf Ihren Wunsch hin ausgearbeiteten Vorschlag über das Wahlrecht aller Staatsangehörigen der Gemeinschaft bei Gemeindewahlen und die Städtepartnerschaften, zu denen Sie einstimmig eine Entschließung verabschiedet haben.

Die — wie ich hoffe — umfassende Debatte, die den Juni-Wahlen vorausgeht, ist somit eine Chance ohnegleichen, den Bürgern bewußt zu machen, daß das Abenteuer Europa sie alle angeht. Hier liegt, meine Damen und Herren Abgeordnete, Ihre Verantwortung. Sie wissen, daß Sie dabei mit der Unterstützung der Kommission rechnen können.

Diese Wahlen werfen aber natürlich auch die Frage nach den Befugnissen Ihres Hohen Hauses auf. Dabei drängt sich die Feststellung auf, daß es paradox ist, Abgeordnete in allgemeiner Wahl wählen zu lassen, denen die Einheitliche Akte zwar nach einer rein beratenden Funktion ein Abänderungsrecht eingeräumt hat, die aber nur im Haushaltsbereich und im Falle einer neuen Assoziierung oder eines neuen Beitritts wirkliche Entscheidungsbefugnis besitzen. Liegt darin nicht eine Gefahr, daß die Bürger das Interesse an einer Wahl verlieren, deren Sinn sie nicht klar erkennen?

Ich persönlich glaube es nicht, weil — wie Sie täglich aufs neue beweisen — der tatsächliche Einfluß Ihres Hohen Hauses auf den Beschlußfassungsprozeß bereits über das hinausgeht, was in den Vorschriften vorgesehen ist, vor allem aber, weil das Europäische Parlament — dessen ist sich jeder bewußt — die Institution der Zukunft ist. Ich bin überzeugt, daß, genauso wie die Einheitliche Akte das Verfahren der Zusammenarbeit eingeführt hat, auch ein neuer Ausbau der gemeinsamen Politiken wahrscheinlich eine Stärkung der Befugnisse Ihres Hohen Hauses zur Folge haben wird. Diese Ansicht hat übrigens auch Bundeskanzler Kohl auf der Tagung des Europäischen Rates in Rhodos sehr deutlich geäußert.

Damit komme ich ganz selbstverständlich zu dem Bereich, der über die Einheitliche Akte hinausgeht. Ich meine die Wirtschafts- und Währungsunion — sie ist die zweite Gelegenheit, die wir ergreifen müssen.

Auch Sie, meine Damen und Herren, sind sicher davon überzeugt, daß die Gemeinschaft den vollen Nutzen aus der Verwirklichung der Einheitlichen Akte nur dann ziehen wird, wenn die Mitgliedstaaten parallel dazu ihre Zusammenarbeit in der makroökonomischen und monetären Politik verbessern.

Die unter der Leitung von Paolo Cecchini durchgeführte Studie beweist dies überzeugend, vor allem welche Möglichkeiten zur Schaffung von Arbeitsplätzen bestehen: nämlich 2 Millionen ohne gemeinsame Politiken und 5 Millionen mit gemeinsamen Politiken.

Daher hatte die Kommission schon 1985 eine Verstärkung des Europäischen Währungssystems und eine kooperative Wachstumsstrategie vorgeschlagen. Im Währungsbereich wurden Fortschritte erzielt, doch ist es der Kommission nicht gelungen, die Regierungen von der Stichhaltigkeit ihrer makroökonomischen Vorschläge zu überzeugen. Dabei hat sich zwar die Konjunkturlage verbessert, doch versichere ich Ihnen, daß die Zwölf bei weitem noch nicht in dem erwünschten Maße Vorteile aus der kombinierten Nutzung ihrer Wachstums- und Beschäftigungsspielräume gezogen haben.

Unsere Vorschläge haben somit nach wie vor Gültigkeit. Sie werden entsprechend der Entwicklung der internationalen Rahmenbedingungen überarbeitet. Wenn am 1. Juli 1990 der Kapitalverkehr vollständig liberalisiert wird, muß ein weiterer Schritt in Richtung auf mehr Zusammenarbeit zurückgelegt werden, wenn die Gemeinschaft den so geschaffenen gemeinsamen Finanzraum voll nützen will. Das wird uns die Möglichkeit geben, die Ersparnisse der Europäer bestmöglich zu verwenden, Kapital von außen anzuziehen und die Macht unserer Finanzplätze zu vergrößern.

Eine Verstärkung der wirtschaftlichen und monetären Zusammenarbeit zum 1. Juli 1990 ist somit unumgänglich. All dies ist unbedingt notwendig, reicht es aber aus? Der Europäische Rat in Hannover hat diese Frage verneint und beschlossen, im nächsten Juni in Madrid zu untersuchen, mit welchen Mitteln man schrittweise zur Wirtschafts- und Währungsunion gelangen kann.

Machen wir uns nichts vor. Es handelt sich dabei um einen wirklichen Sprung nach vorn, und zwar in doppelter Hinsicht. Im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion bieten sich uns neue Möglichkeiten für wirtschaftlichen Wohlstand und die Schaffung von Arbeitsplätzen über die Verheißungen der Einheitlichen Akte hinaus. Diese Union wird jedoch nur um den Preis einer weiteren Veränderung unserer Institutionen zustande kommen, um erstens ein Europäisches Zentralbanksystem und zweitens den Rahmen zu schaffen, mit dem für mehr Kohärenz und Effizienz der einzelstaatlichen Wirtschaftspolitik gesorgt werden kann.

Der vom Europäischen Rat eingesetzte Ad-hoc-Ausschuß wird seinen Bericht termingerecht vorlegen. Auf diese Weise können die Staats- bzw. Regierungschefs darüber nachdenken und beraten, wie die Wirtschafts- und Währungsunion im Endstadium aussehen soll. Außerdem wird ihnen ein Schema vorgelegt, mit dem diese Union Schritt für Schritt in einem realistischen und vernünftigen Tempo errichtet werden kann.

Meine Damen und Herren, aller Erfahrung nach gibt es guten Grund zu der Annahme, daß die schrittweise Entwicklung zu einer Union durch die Schaffung eines angemessenen institutionellen Rahmens wesentlich erleichtert würde. Wenn dies zutrifft, so muß nur, wie schon 1985, der Weg zu einer neuen Regierungskonferenz geöffnet werden, auf der die institutionellen Vorschriften ausgearbeitet würden, die

wie die Einheitliche Akte den Vertrag von Rom ergänzen sollen.

Zweifellos wird das Europäische Parlament durch seine bereits eingeleiteten Arbeiten im Ausschuß für Wirtschaft und Währung — ich denke hier an den Franz-Bericht — und seine Beratungen über den Bericht des Ad-hoc-Ausschusses wie seinerzeit bei der Einheitlichen Akte zu dieser neuen Etappe beitragen, die für die Festlegung des politischen und sozialen Europas entscheidend — ich sage ausdrücklich: entscheidend — ist.

Ich sagte bereits: Es gilt, Chancen zu ergreifen, aber auch Herausforderungen zu begegnen. Die Geschichte wartet nicht, und 1992 ist nunmehr zu nahe gerückt, um nicht schon an die Zeit danach zu denken. Zwei Perspektiven müssen uns schon jetzt mobilisieren: der Gemeinschaft die notwendige Dimension für die Bildung, die Kultur und die Gesellschaftsprobleme zu geben und auf die Erfordernisse der „anderen Europa“ zu reagieren.

Der ersten Herausforderung entspricht diese Frage, die wir uns alle stellen: Wozu ist die europäische Zivilisation noch fähig, wie können die Kräfte, die sie geschaffen haben, wiederbelebt und wie kann dieser lebendige Humanismus reaktiviert werden? Die Antwort liegt natürlich in den drei miteinander verknüpften Bereichen Bildung, Kultur und Gesellschaft. In Zukunft wird der Berufsbildung in unseren gemeinsamen Politiken zwangsläufig eine zentrale Rolle zukommen. Während seit Jahrhunderten die Menschen im Rhythmus der Jahreszeiten gelebt, die gleichen Handgriffe wiederholt und weitergegeben hatten, hat sich heute der Rhythmus geändert: Das Leben ist länger, man muß die Tätigkeit wechseln, die räumliche Mobilität wird ein unvermeidlicher Zwang, und durch die Technologie wandeln sich die Arbeitsgeräte unseres täglichen Lebens. Die Schreibkraft gibt ihre Schreibmaschine für eine Textverarbeitungsmaschine auf, und überall muß sich der Mensch neuen Methoden und neuen Instrumenten anpassen. Zehn Jahre nach Schule oder Universität droht das in der allgemeinen und beruflichen Bildung erworbene Wissen zu veralten.

Sie werden bemerkt haben; daß sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer dessen bewußt sind, diejenigen, die letzten Donnerstag in Brüssel akzeptiert haben, die allgemeine und berufliche Bildung zu einem der Hauptthemen des sozialen Dialogs werden zu lassen. Selbst wenn die einschlägigen Kompetenzen der Kommission — wie wir wissen — begrenzt sind, selbst wenn die Gemeinschaft durch die gegenseitige Anerkennung der Qualifikationen das ergänzen muß, was bereits bei den Diplomen usw. getan wurde, scheint mir die Zeit für die Regierungen gekommen, ihre Erfahrungen gegenüberzustellen und ihre Entscheidungen zu vergleichen. Sie verlangen im übrigen nach globalen Überlegungen zu der Frage, wie die Bildungspolitik in der Gesellschaft von heute und von morgen zu gestalten ist.

Müssen nicht ebenfalls bei der Weiterentwicklung des Austauschs nicht mehr nur von Waren und Dienstleistungen, sondern auch von Gedanken — dieser fünften, nicht im Vertrag vorgesehenen Freiheit, die aber unerlässlich ist, um unserem Vorhaben Leben zu geben — neue Ziele nach den bereits erprobten Modellen Erasmus und Comett gefunden werden, Austauschmaßnahmen für Schüler gefördert werden?

Warum sollte kein systematischer Austausch zwischen Schulklassen der Mitgliedstaaten veranstaltet werden, damit bis 1992 jeder Sekundarschüler wenigstens einen Monat an einer Schule eines anderen Mitgliedstaats verbracht hat? Es gibt unterrichtsgebundene Schulklassenaufenthalte im Schnee, an der See, warum nicht auch mit dem Lernziel 1992? Sie können heute schon eingerichtet werden.

Bildung, Kultur, Gesellschaft: welch ein weites Feld. Europa als solches beginnt gerade erst, es zu bearbeiten. Über diese ersten Schritte hinaus müssen wir uns dessen voll und ganz bewußt sein, was heute das Gleichgewicht unserer Gesellschaft und die Selbständigkeit der Menschen gefährden kann. Wir träumen von einem vorbildhaften Europa, das noch überzeugender ist, um den Kampf für die Menschenrechte, überall, wo sie verhöhnt werden, anzuführen.

Wir dürfen uns nichts vormachen: Wir werden die uns bedrohenden neuen Gefahren nur durch eine stärkere Zusammenarbeit auf europäischer Ebene bewältigen. Dies gilt für das hochauflösende Fernsehen ebenso wie z. B. für den Aids-Impfstoff, für den wir uns mit dem Ziel einsetzen müssen, daß die derzeit in einigen

Mitgliedsländern unternommene Forschungsarbeit koordiniert, ja sogar ihre Angleichung beschlossen wird. Meine Damen und Herren, was wir für den Krebs erreicht haben, können wir auch für diese andere schreckliche Geißel zuwege bringen.

Für die „anderen Europa“ ist die sich stellende Frage einfach: Wie kann der Erfolg der Integration der Zwölf mit der Weigerung in Einklang gebracht werden, diejenigen zurückzustoßen, die ebenso das Recht wie wir haben, sich Europäer zu nennen? Wie Sie wissen, hat die Kommission bereits einen grundsätzlichen Standpunkt bezogen: Die Vertiefung hat Vorrang vor der Erweiterung. Nichts darf uns von unserer Pflicht abbringen, der Einheitlichen Akte zum Erfolg zu verhelfen.

Dies hat uns keineswegs daran gehindert, die Abkommen mit den Mitgliedsländern der Europäischen Freihandelszone ebenso wie mit einigen Ostblockländern, ja sogar mit denjenigen, die ich die Waisen Europas nennen möchte — Zypern, Malta und Jugoslawien —, und auch mit der Türkei zu verstärken, die im übrigen einen Beitrittsantrag gestellt hat, zu dem die Kommission dem Ministerrat bis Ende des Jahres einen ersten Bericht vorlegen wird.

Aber auch andere Länder treten an uns heran. Müssen wir weiter gehen? In welcher Form?

Ich denke zunächst an die uns sehr nahe stehenden Freunde aus der Europäischen Freihandelszone. Wir haben bisher mit ihnen den Weg beschritten, der durch die Luxemburger Erklärung aus dem Jahre 1984 vorgezeichnet war, d.h. die ständige Stärkung einer pragmatischen Zusammenarbeit. Je mehr wir vorankommen, desto steiler wird der Abhang. Wir nähern uns dem Augenblick, in dem der Bergsteiger daran denkt, Atem zu holen und anzuhalten, um sich zu fragen: Ist dies die richtige Richtung, sind wir gut ausgerüstet, um so weiterzumachen? Mir scheint, es ergeben sich für uns zu Beginn dieser Überlegungen zwei Möglichkeiten: entweder im Rahmen der derzeitigen, faktisch im wesentlichen bilateralen Beziehungen fortzufahren, um schließlich zu einer Freihandelszone zu gelangen, die die Gemeinschaft und die Länder der jetzigen Europäischen Freihandelszone umfaßt, oder aber eine neue Form eines Zusammenschlusses zu finden, der institutionell strukturierter wäre und gemeinsame Entscheidungs- und Verwaltungsorgane hätte, um die Effizienz unseres Vorgehens zu vergrößern. Dies würde auch die politische Dimension unserer Zusammenarbeit im wirtschaftlichen, sozialen, finanziellen, ja kulturellen Bereich in der Vordergrund rücken.

Was den institutionellen Rahmen dieser Zusammenarbeit betrifft, ist es verfrüht, in die Einzelheiten zu gehen. Ich habe meine eigenen Vorstellungen, aber sie müssen zuerst von der neuen Kommission erörtert werden und dann auf formlose und unverbindliche Weise mit den betroffenen Ländern. Zu bemerken ist jedoch, daß die Lösungen anders ausfallen werden, je nachdem, ob die Europäische Freihandelszone beschließen wird, ihre eigenen Strukturen zu stärken oder nicht. Wenn ja, würde der Rahmen unserer Zusammenarbeit auf den zwei Säulen ruhen, die unsere beiden Organisationen sind. Wenn nein, könnte es sich nur um ein Schema handeln, das sich auf die Gemeinschaftsregeln gründet, die — in bestimmten, zu präzisierenden Bereichen — auf die Mitgliedsländer der Europäischen Freihandelszone, die dies wünschen, und vielleicht später auf andere europäische Nationen ausgedehnt würden.

Wenn man aber für einen Augenblick des Nachdenkens den institutionellen Aspekt einer derartigen Initiative beiseite läßt, um sich auf den Inhalt dieser erweiterten Zusammenarbeit zu konzentrieren, stellen sich mehrere heikle Fragen. Es ist zu beobachten, daß unsere Partner der Europäischen Freihandelszone, obwohl die Motivationen je nach Land etwas abweichen, vor allem daran interessiert sind, von dem unerhörten Potential eines großen Marktes ohne Grenzen zu profitieren. Aber jeder weiß bereits, daß dieser ein Ganzes bildet, mit seinen Vorteilen und seinen Kosten, seinen Möglichkeiten und seinen Sachzwängen. Soll es so sein, daß man sich für das eine oder andere entscheiden kann? Hier habe ich einige Zweifel, die leicht zu veranschaulichen sind.

Der Binnenmarkt ist zunächst eine Zollunion. Sind unsere Partner bereit, der gemeinsamen Handelspolitik zu folgen, die jede Organisation dieser Art gegenüber dritten Ländern betreiben muß? Haben sie dieselben Grundkonzeptionen wie wir? Der großräumige Markt bedeutet auch Harmonisierung. Sind unsere Partner willens, die gemeinsamen Regeln, die für den freien Warenverkehr unerlässlich sind, in ihr einzelstaatliches

Recht umzusetzen und folglich die Kontrolle durch den Gerichtshof zu akzeptieren, der seine hohe Kompetenz und seine Unparteilichkeit unter Beweis gestellt hat? Das gleiche gilt für die Grundsätze, nach denen sich die staatlichen Beihilfen in ihren verschiedenen Formen richten, oder auch für die sozialen Bedingungen eines lautereren Wettbewerbs, der auf den Fortschritt der Lebens- und Arbeitsbedingungen ausgerichtet ist.

Dies sind die Fragen, die sich stellen — und die wir Ihnen stellen.

Aber, meine Damen und Herren, die Gemeinschaft ist nicht nur ein großräumiger Markt, sie ist ein Wirtschafts- und Sozialraum ohne Grenzen, der zu einer politischen Union werden soll, die eine immer stärkere Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik mit sich bringt. Dieser Ehevertrag ist in gewisser Weise unteilbar, selbst wenn seine Bestimmungen noch nicht zur Anwendung kommen. Nur diese affectio societatis, die unsere zwölf Länder eint, ermöglicht es uns, Schwierigkeiten und Widersprüche zu überwinden, kurz, in allen Bereichen der kollektiven Tätigkeit voranzukommen. Daher ist es äußerst heikel, wenn im Rahmen dieser Union, die allumfassend sein will, Wahlmöglichkeiten geboten werden sollen.

Diese Bemerkungen sollen lediglich die Überlegungen voranbringen, die, wie ich weiß, bereits in jedem EFTA-Mitgliedsland begonnen haben. Es gibt keinen Zweifel, daß diese Fragen anlässlich der nächsten Tagung dieser Organisation im März unter norwegischem Vorsitz erneut auf der Tagesordnung stehen werden.

Meiner Meinung nach muß die Zwölfergemeinschaft für eine eingehende Erörterung der Möglichkeiten einer verstärkten, ja erweiterten Zusammenarbeit mit diesen Ländern zur Verfügung stehen.

Ich vergesse darüber jedoch keineswegs diejenigen, die, jeder auf seine Weise, an unsere Tür klopfen. Ich habe sie bereits erwähnt. Aber ich möchte dieses Kapitel nicht schließen, ohne auf das Konzept des Hauses Europa, wie es Herr Gorbatschow erwähnt hat, einzugehen. Selbstverständlich kennen wir die genaue geographische Größe Europas, selbstverständlich wollen wir mit aller unserer Kraft, daß Frieden, Austausch und Zusammenarbeit die Merkmale das Europas von morgen sind. Aber hüten wir uns vor jeglicher Schwärmerei und vor jeglichem Ankündigungseffekt. Und ich möchte sagen, um mich begreiflicher zu machen, daß wir von einem Dorf Europa träumen, wo Eintracht herrscht und wo sich die wirtschaftlichen und kulturellen Aktivitäten im allseitigen Vertrauen vollziehen. Wenn ich aber heute dieses Dorf zu entwerfen hätte, würde ich dort ein Haus mit der Bezeichnung „Europäische Gemeinschaft“ sehen, dessen einzige Architekten wir wären und dessen Schlüssel wir sorgfältig aufbewahren würden, wobei wir allerdings von Zeit zu Zeit unsere Türen für einen Austausch mit unseren Nachbarn öffnen würden.

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß es uns gelungen ist, bei der neuen Dynamik des europäischen Einigungswerks Zukunftsvision und Pragmatismus miteinander in Einklang zu bringen. Ich habe ganz offen Mängel und Widersprüche im Aufbau Europas aufgezeigt. Es war aber auch wichtig, auf die Fortschritte hinzuweisen, die wir dank der Mitarbeit aller in den letzten vier Jahren erzielen konnten. Vor allem die grundlegende Veränderung des Klimas in Europa schien mir bemerkenswert, obwohl noch zahlreiche Bedenken zerstreut werden müssen, obwohl wir noch viel tun müssen, um den künftigen Aufgaben gewachsen zu sein. Wenn der Weg steil bergan führt und voller unerwarteter Hindernisse ist, wenn wir den Mut zu verlieren drohen, dann müssen wir uns zwei einfache Gedanken vor Augen führen. Erstens: Wenn wir die Herausforderungen der Geschichte bestehen wollen, müssen wir uns zusammenschließen; wir haben gar keine andere Wahl. Zweitens: Die Aussicht auf ein vereinigtes Europa, wie es sich Jean Monnet vorausschauend vorgestellt hat, gibt uns einen außerordentlichen Impuls.

Er sagte:

„Es geht darum, schrittweise zwischen allen Menschen in Europa ein möglichst umfassendes gemeinsames Interesse zu schaffen, das von gemeinsamen Organen, denen die erforderlichen Souveränitätsrechte übertragen werden, auf demokratischer Grundlage verwaltet wird. Diese Dynamik ist seit den Anfängen der Europäischen Gemeinschaft nicht erlahmt. Sie hat Vorurteile beseitigt und Grenzschränken niedergerissen. Sie hat in wenigen Jahren den Prozeß, der im Laufe des Jahrhunderts unsere alten Länder geformt hatte, auf

die Dimension eines Kontinents ausgeweitet.“

Starke Institutionen sind für unseren Erfolg unabdingbar. Die richtige Vorgehensweise ist es jedoch nicht weniger, und ich möchte abschließend noch einmal darauf zurückkommen, um alle Unklarheiten zu beseitigen und in Zukunft alle unnötigen dogmatischen Konflikte zu vermeiden. Europa lebt auf, unsere Wirtschaft erhält durch den Wettbewerb neue Impulse. Der Wettbewerb muß jedoch durch die Zusammenarbeit zwischen den Staaten, Regionen, Unternehmen und Sozialpartnern ergänzt, korrigiert und menschlicher gestaltet werden. Die Beseitigung aller Handelsschranken ist ein kräftiger Ansporn, doch kann kein Markt ohne ein Minimum von Regeln funktionieren, darf keinen unlauteren Wettbewerb oder Sozialdumping zulassen. Alle unsere Volkswirtschaften gründen sich im übrigen auf eine Kombination von Marktwirtschaft, Dialog zwischen den Sozialpartnern und Tätigkeit der öffentlichen Institutionen: makroökonomische Politik des Staates und Währungspolitik der Zentralbank. Wer könnte dies bestreiten? Können wir uns ein Europa ohne diese Komponenten vorstellen, das über einen politischen Willen verfügt und in der Lage ist, bewußt gewählte Ziele anzustreben? Gleichzeitig muß das Subsidiaritätsprinzip eingehalten werden, damit eine übermäßige und unnütze Zentralisierung vermieden wird. Die Kommission wird ihrerseits darauf achten, doch ist sie nicht das einzige zuständige Organ.

Diese Betonung der Subsidiarität finden wir auch in Ihrem Entwurf eines Vertrags für die Europäische Union, der auf Veranlassung von Altiero Spinelli ausgearbeitet worden ist. Für diesen Gedanken gibt es einen weiteren tieferen Grund. Europa lief Gefahr, durch seine Uneinigkeit gelähmt zu werden; es kann jedoch aus seiner Vielfalt einen Reichtum machen. Wir müssen daher diese Vielfalt erhalten und den größten Nutzen für das Gemeinwohl daraus ziehen. Und schließlich kann das Bewußtsein, an diesem großen Aufbruch — der Geburt Europas — teilzunehmen, unser Zugehörigkeitsgefühl zu einer unserer alten Nationen nur bestärken.

Ja, ich wiederhole nochmals: Wir brauchen unseren Nationalstolz nicht abzuwerfen, wir müssen unsere weltanschaulichen und politischen Ansichten nicht aufgeben. Schließlich wollen wir doch die Vorkämpfer der erneuerten Demokratie sein, Vorkämpfer der Menschenrechte, Vorkämpfer des Pluralismus.

Daher, meine Damen und Herren, sage ich am Ende meiner allzu langen Rede ganz bewußt mit Blick auf einen vielversprechenden Wahlkampf: Das künftige Europa wird pluralistisch sein oder es wird kein Europa geben. Europa wird europäisch oder nichts sein.